

DÄNEMARK

## Geheimdienst warnt vor neuer Gewalt

Nach dem Bombenattentat auf die dänische Botschaft im pakistanischen Islamabad wächst nicht nur in Kopenhagen die Sorge vor weiteren Anschlägen. Auch der nördliche Nachbar Norwegen hält sechs seiner diplomatischen Vertretungen für besonders gefährdet. Dazu gehören nach einer internen Liste des Osloer Außenministeriums die Mission in Pakistan, die vorübergehend geschlossen und evakuiert wurde, die Botschaften in Afghanistan, Sudan, Sri Lanka und Algerien sowie die Vertretung in Ostjerusalem. Erschwerend kommt hinzu, dass nun auch ein norwegisches Magazin erneut umstrittene Mohammed-Karikaturen nachdruckte. Als Motiv für die blutige Attacke von Islamabad hatte die Terrororganisation al-Qaida die Veröffentlichung ebendieser Zeichnungen in Dänemark genannt; sie kündigte „weitere Anschläge“ an. Der dänische Geheimdienst PET sieht sein Land „im Fadenkreuz führender militanter Extremisten“ und bestätigt Hinweise auf neue Drohungen gegen „dänische Staatsbürger und dänische Interessen im Ausland“. Premier Anders Fogh Rasmussen sprach von einem „Angriff auf Dänemark“ und provozierte damit vorige Woche eine heftige innenpolitische Auseinandersetzung. Die Vorsitzende der oppositionellen Radikalliberalen, Margrethe Vestager, kritisierte Foghs „aggressive Außenpolitik“ und warnte davor, dass Dänemark in puncto Terrorgefahr zum „Israel des Nordens“ werde. Die Grünen-nahe Sozialistische



Fogh Rasmussen



Gelände vor der dänischen Botschaft in Islamabad nach dem Bombenanschlag

Volkspartei sekundierte mit der Feststellung, die fremdenfeindliche Politik sei „außer Kontrolle geraten“. Die Stimmung wird nicht nur im Parlament nervöser; auch zu Übergriffen auf offener Straße kam es vorige Woche. Der prominente Imam Kasem Said Ahmad, früher Sprecher der Muslime in Dänemark, wurde von Unbekannten angegriffen. Er kam mit leichten Verletzungen davon, weil Passanten die Täter in die Flucht schlugen. Vor einer Moschee in Kopenhagens Stadtteil Ørebro bedrohten drei maskierte Män-

ner zwei verschleierte muslimische Frauen. Währenddessen stellt sich die Wirtschaft auf weitere Umsatzeinbußen ein. Nach der erneuten Veröffentlichung einer Mohammed-Karikatur in 17 Zeitungen im Februar – eine Geste der Solidarität mit dem bedrohten Zeichner Kurt Westergaard – war es in einigen islamischen Ländern zu einem weiteren Einbruch beim Absatz dänischer Lebensmittel und Pharmaprodukte gekommen. Diese zweite Boykottwelle drohe „langfristiger und nachhaltiger“ zu werden, heißt es im Außenministerium, weil sie von den Verbrauchern selbst und nicht von politischen oder religiösen Anführern getragen werde.

PALÄSTINA

## Geld vom Golf

Zum ersten Mal nach 41 Jahren Besatzung hat Israel den Neubau einer palästinensischen Stadt im Westjordanland genehmigt. Rawabi („Hügel“) soll auf einem Areal neun Kilometer nördlich von Ramallah entstehen und Platz bieten für 40 000 Menschen. Neben Schule, Kino und Hotel sind Mehrfamilienhäuser und Villen geplant. Ziel sei es, erschwinglichen Wohnraum für junge Familien zu schaffen, so die palästinensische Entwicklungsgesellschaft Bay-

ti, die für das Bauvorhaben verantwortlich ist. Die Wohnungen sollen umgerechnet zwischen 29 000 und 50 000 Euro kosten; 3000 Kaufinteressenten haben sich bereits registrieren lassen. Denn Wohnraum ist wegen der hohen Geburtenrate knapp geworden im Westjordanland. Baubeginn in Rawabi soll noch dieses Jahr sein, die ersten Bewohner könnten 2010 einziehen. Finanziert wird das Projekt vom Konzern Diar aus dem Golfstaat Katar. 350 Millionen US-Dollar will Diar investieren – zunächst weniger aus geschäftlichem Antrieb als vielmehr aus Solidarität mit den Palästinensern. „Symbolisch“ sei

das Projekt, gibt Ghanem Bin Saad al-Saad zu, der Vorstandsvorsitzende von Diar. Investitionen würden sich eigentlich erst lohnen, wenn Israel im Westjordanland Bewegungsfreiheit garantiere und die Armeeposten abbaue. So bleibt auch bei der neuen Stadt ein Problem. Die Zufahrtsstraße von Ramallah führt durch israelisch kontrolliertes „C-Gebiet“. Die Bewohner Rawabis wären bei jedem Ausflug vom Wohlwollen israelischer Soldaten an den Checkpoints abhängig. „Diese Hürde müssen die Israelis noch aus dem Weg räumen“, so George Rafidi, Marketingchef der Rawabi-Entwicklungsgesellschaft.